

Prof. Dr. Günter Rausch: Freiburg – Friedensstadt

Auf der Podiumsveranstaltung des Freiburger Friedensforums am 5. 3. 2010 hat der Kandidat der überparteilichen Bürgerinitiative WiR - Wechsel im Rathaus folgende 10 Punkte für eine friedenspolitische Initiative der Stadt Freiburg vorgestellt:

1. Anknüpfend an den Beschluss des Freiburger Gemeinderates aus dem Jahre 1984, Freiburg als atomwaffenfreie Stadt zu erklären, wird Günter Rausch als Oberbürgermeister sich dafür einsetzen, dass Freiburg sich zum Ziel setzt, überregional und international als FRIEDENSSTADT eine vorbildliche Arbeit zu leisten.
2. Eine wesentliche Aufgabe wird darin bestehen, ERINNERUNGSARBEIT zu leisten: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" sind Auftrag und Ziel einer friedenspolitischen Initiative. Am 10. Mai jährt sich zum siebzigsten Mal der Bombenangriff auf Freiburg durch die deutsche Luftwaffe. Dieses Datum könnte Anlass sein, in allen Freiburger Schulen und durch weitere Veranstaltungen in der Öffentlichkeit auf das finsterste Kapitel der deutschen Geschichte hinzuweisen und daraus zu lernen.
3. Am Freiburger Rathaus sollten Schaubilder von der ZERSTÖRUNG der Stadt am 27. November 1944 und über die Schrecken des Faschismus in der Region angebracht werden. Die Aktion Stolpersteine könnte Anregung für weitere Gedenk-Aktionen sein. Ebenso Besuche von Schulklassen im ehemaligen KZ Natzweiler-Struthof.
4. Als Zeichen einer friedenspolitischen Neuorientierung ist die seit Jahrzehnten überfällige Umbenennung der Strassen, die noch immer im falschen Sinne an Kriegsoffiziere und -orte des Kaiserreiches z.B. im so genannten "Heldenviertel" erinnern, endlich vorzunehmen. Dabei könnten die Namen von WiderstandskämpferInnen bzw. von FriedensaktivistInnen beispielsweise von Thomas Armbruster geehrt werden.
5. Die Freiburger Schulen sind Orte der Bildung für den Frieden und Lernorte für friedvolle Bewältigung von Konflikten. An allen Freiburger Schulen sind Lernprogramme zur gewaltfreien Kommunikation und Konfliktlösung anzubieten. Die Stadt fördert Fort- und Weiterbildungsprogramme für ErzieherInnen, LehrerInnen und Eltern z.B. zur Ausbildung als Mediations- und Streitschlichtungshelfer. Die Freiburger Hochschulen könnten diesen Prozess wissenschaftlich begleiten.
6. Werbeoffiziere der Bundeswehr haben in den Freiburger Schulen und bei der Arbeitsagentur nichts zu suchen. Niemand darf die Hoffnungslosigkeit und Nöte von Arbeitslosen für's Militär missbrauchen. WiR wollen insbesondere die Kinder davor schützen, eine Faszination für Waffen und deren Wirksamkeit zu entwickeln. Stattdessen sind Bewältigungsprozesse mit den Verführungen von gewaltverherrlichenden Video- und Computerspielen zu fördern. Schulsozialarbeit, die WiR für alle Freiburger Schulen im ausreichenden Maß fordern, könnte dabei hilfreich sein.
7. Die Stadt Freiburg setzt sich für einen sofortigen Abzug der Bundeswehrtruppen aus Afghanistan ein. Um einen friedvollen, demokratischen und zivilen Aufbauprozess in Afghanistan zu fördern, wird eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune des dortigen Landes vorbereitet. Bereits bestehende Solidaritätsbeziehungen Freiburger Gruppen und Institutionen bieten Anknüpfungspunkte. Bei dieser Gelegenheit könnte die Städtepartnerschaft mit Isfahan reaktiviert werden und eine verbindende Rolle spielen.
8. Rüstungsbetriebe z.B. Northrop Grumman Litef GmbH und Rüstungsforschung z.B. in der

Freiburger Universität und im Fraunhofer Institut werden nicht geduldet. Um den Beschäftigten Alternativen zu bieten, fördert die Stadt Konversionsprogramme und alternative Arbeitsplätze im Bereich von Umweltschutz, Bildung, Gesundheit und Sozialem.

9. Nicht nur im Kriegsfall stellt das Atomkraftwerk in Fessenheim eine ganz besondere Gefährdung der Freiburger Bevölkerung dar. Auch bei einem Erdbeben oder einer terroristischen Aggression sind die Gefährdungen durch dieses Atomkraftwerk immens. Deshalb sollte die Stadt Freiburg auf ihre längst beschlossene Forderung der Stilllegung dieses AKW in Fessenheim hinwirken.

10. Um der realen Gefährdung der Freiburger Bevölkerung durch dieses Atomkraftwerk Rechnung zu tragen und die katastrophalen Folgen eines außerordentlichen Unglücksfalles im AKW Fessenheim so gut wie möglich abzumindern, muss die Stadt Freiburg unverzüglich beim Regierungspräsidium auf die Ausarbeitung und Offenlegung eines Evakuierungsplanes drängen. Mit allen im Katastrophenfall zuständigen Gremien und Stellen ist dieses Konzept auszuarbeiten. Dabei muss höchstmögliche Transparenz gegeben sein, die Bürgerschaft muss genau wissen, wie die Evakuierung abläuft und was sie selbst zum Gelingen beitragen kann bzw. muss. Auch ihre Vorschläge sollten berücksichtigt werden. Nur vollständige Transparenz wird eine Panik vermeiden helfen. (vgl. WiR-Thesen "Elemente eines Evakuierungsplanes")